

Grundlinien für eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Deutschland

Dr. Detlef Riemer

Vorbemerkung

Der folgende Artikel wurde im späten Frühjahr 2004 konzipiert und verschiedenen deutschen Zeitschriften zum Abdruck angeboten. Der Artikel blieb ohne Resonanz. Die verstrichene Zeit bis zur Gegenwart (2010) hat die Richtigkeit der Analyse nicht in Frage gestellt. Der Beitrag blieb daher völlig unverändert. Der Nutzer muss sich ggf. um die neueren statistischen Daten selbst bemühen, um die zeitliche Lücke zwischen den Jahren 2004 und 2010 zu füllen.

Dies ist der Versuch, einige der vielen Stränge, die für die zukünftige Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Deutschland wichtig sein werden, zu betrachten. Die Analyse einzelner Stränge ist in letzter Zeit zum Teil richtig und zum Teil – um es vorsichtig auszudrücken – problematisch vorangetrieben worden. Diese Gemengelage versperrt zunehmend die Einsicht in notwendiges politisches Handeln. Die folgenden Ausführungen sind der Versuch, das Gewirr zu sichten und die notwendigen Schritte nach ihrer Relevanz zu bewerten.

Da in Deutschland die Politiker der einzelnen Parteien die Neigung haben, genehme Argumente zu akzeptieren und eher befremdliche zu ignorieren, gilt es von vornherein, durch die Auflistung gegenwärtig gängiger Thesen quasi zu allen Parteien Distanz zu schaffen.

Politiker, die nachfolgende Thesen für richtig halten, werden sich durch die daran anschließenden Ausführungen nur wenig bestätigt finden.

Thesen:

- Der nächste Konjunkturaufschwung wird eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt einleiten.
- Mehrarbeit sichert den Standort Deutschland.
- Zuwanderung ist nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts auszurichten.
- Höhere Nettokreditaufnahme ist zumindest bei schlechter Wirtschaftslage gerechtfertigt.
- Der Export bzw. die Handelsbilanzüberschüsse müssen weiter gesteigert werden.
- Der Produktionsstandort Deutschland ist zu teuer.
- In den Bildungssektor muss zukünftig mehr investiert werden.
- Flankierende Maßnahmen für Kinder bzw. Familie sind zwar notwendig, aber Kinder zu haben, ist die Privatsache jedes einzelnen.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt (früher Bruttosozialprodukt) gilt als Meßlatte für die wirtschaftliche Leistung eines Landes. Besonders die – preisbereinigte – relative Zu- oder Abnahme gegenüber dem Vorjahr ist der Kennwert für die wirtschaftliche Entwicklung.

Betrachtet man die relativen Zuwächse des BIP in Deutschland seit 1950, so ergeben sich bei durchaus vielfältigen Schwankungen von Jahr zu Jahr¹ über die fünf Dekaden folgende Werte:

Die 50er Jahre (1950 - 59) waren durch eine Zuwachsrate von durchschnittlich 9,5 % jeweils gegenüber dem Vorjahr gekennzeichnet. Die 60er Jahre boten noch einen Zuwachs von durchschnittlich 4,4 % pro Jahr, die 70er Jahre nur mehr eine Querschnittsrate von 2,8 %. Die 80er Jahre setzten eine Marke von durchschnittlich 2,3 % Zuwachs je Jahr gegenüber dem Vorjahr und die 90er Jahre lediglich eine von 1,6 %².

Der Beginn des neuen Jahrtausends (2001 - 2003) ist mit einer Zuwachsrate von weniger als 0,5 % ausgewiesen. Selbst wenn man die neue Dekade bereits mit dem Wert des Jahres 2000 beginnen ließe – immerhin mit 2,9 % der höchste Wert seit 1992 –, so liegt der Vierjahresquerschnittswert unter 1%. Somit lässt sich – ceteris paribus – die Extrapolation vornehmen, dass das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts mit einer Durchschnittszahl von weniger als 1% pro Jahr abschließen wird.

Wenn man nun berücksichtigt, welche Kredite besonders von Seiten des Bundes seit 1970 aufgenommen worden sind und welche Rückwirkungen dies letztlich nur auf die Konjunktur und die Zuwachsrate hatte, darf man skeptisch bleiben, ob die gegenwärtig propagierten konjunkturstützenden Maßnahmen eine Trendveränderung herbeiführen werden. Sollte im Jahre 2004, 2005 oder 2006 die 1%-Schwelle durchbrochen werden, so wird die Addition aller Werte bis zum Jahre 2008 die Richtigkeit des Extrapolationswertes von durchschnittlich weniger als 1 % in dieser Dekade bereits kaum mehr in Frage stellen³. Kurz, ein nennenswerter Konjunkturaufschwung wird nicht stattfinden.

Die Politik wäre also gut beraten, sich auf diese Tatsache einzustellen, statt Hoffnung zu schüren. In den nächsten Jahren wird es weder viel zu verteilen geben, noch lassen sich aus diesem geringen Wirtschaftswachstum Impulse für den Arbeitsmarkt erwarten. Unter Fachleuten gilt als weithin gesichert, dass mindestens ein Wachstum des BIP von 2 % gegenüber dem Vorjahr notwendig ist, um die vorhandene Arbeitslosigkeit - wenn auch nur geringfügig – abzubauen. In der Vergangenheit zeigte sich klar, dass negative Zuwächse, wie sie in den Jahren 1967, 1974, 1981 f. und 1993 vorlagen, katastrophale Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hatten. Die Zahl der Arbeitslosen schnellte in der Folge drastisch empor⁴. Folglich ist ein Abgleiten des BIP in den negativen Bereich auf jeden Fall zu vermeiden, was allerdings zunehmend schwieriger wird.

Die Folgen der Nettokreditaufnahme

Zwei bisher wertvolle Stützen zur Erzielung eines Zuwachswertes beim BIP werden in Zukunft in Deutschland an Wirkung verlieren, und somit wird die Wahrscheinlichkeit einer potentiellen Überbietung der durchschnittlichen 1 % Zuwachsmarke in diesem Jahrzehnt weiter eingeschränkt.

Seit Beginn der 70er Jahre hat sich nämlich in der BRD - zunächst als Tugend, um die konjunkturellen Folgen des Erdölschocks 1973/74 zu überwinden, später (bis zur Wiedervereinigung) immer mehr als Untugend - die Tendenz durchgesetzt, die finanziellen Handlungsspielräume über die Aufnahme von Krediten auszudehnen und so auch den Zuwachswert des BIP gegenüber dem Vorjahr zu steigern. Milliardenkredite aufzunehmen galt als opportun, da die Zinsen für jährliche Neuverschuldung leicht aus den neu aufgenommenen Krediten bezahlt werden konnten.

Im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands wurde die bis zum Jahr 1989 aufgelaufene Schuldensumme (Bund: 498 Mrd. DM / Bund, Länder, Gemeinden zusammen: 936 Mrd. DM) auf 725 Mrd. Euro (Bund) bzw. 1277 Mrd. Euro (Bund, Länder, Gemeinden) im Jahr 2002 erhöht und damit weit mehr als verdoppelt.⁵ Der dialektische Umschlagpunkt ist längst erreicht: die Nettokreditaufnahme eines Jahres (nur Bund: im Jahr 2002 knapp 32 Mrd. Euro) reicht nicht mehr, um die Zinsen für die beim Bund aufgelaufenen Gesamtschulden von 725 Mrd. Euro zu bezahlen. Diese belaufen sich bereits auf knapp 40 Mrd. Euro pro Jahr.⁶

Aus dem süßen kleinen Gift Schuldenaufnahme ist längst eine alle Zukunftsprojekte tangierende und vernichtende Dosis geworden. Von Jahr zu Jahr müssen immer höhere Kreditsummen veranschlagt werden, nur um die Zinsen einigermaßen bedienen zu können.

Es ist daher unbedingt erforderlich – völlig unabhängig von den Auflagen aus dem Maastrichter Vertrag (3 % pro Jahr bzw. 60 % des BIP für die Gesamtverschuldung) – die Nettokreditaufnahme auf Null zurückzuführen. Somit verbieten sich auch Investitionsprogramme auf Schuldenbasis.

Nach Ansicht der Rechnungshöfe wird die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung, die 2003 um 82 Mrd. auf 1,3 Billionen angewachsen ist, in ihrer Dramatik immer noch unterschätzt. Der finanzwirtschaftliche Gestaltungsspielraum werde zunehmend

eingeschränkt. Nur entschlossenes und schnelles Handeln eröffne einen Ausweg aus der Schuldenfalle.⁷ Kaum vorstellbar, was die Folgen weltweit steigender Zinsen auslösen könnten. Bereits eine Erhöhung um einen Prozentpunkt würde allein nur für die Schulden des Bundes eine Mehrbelastung von ca. 7 Mrd. Euro pro Jahr bedeuten, eine Summe, die wohl eher durch finanzielle Abstriche in den einzelnen Ressorts als durch weitere Kreditausweitung zu beschaffen wäre. Dass auf diesem Wege - so oder so - unzulässig weiter die finanziellen Ressourcen der zukünftigen Generation verbraucht werden, steht außer Frage.

Zur Problematik unserer Handelsbilanz

Seit den 70er Jahren liegen die Einnahmen für die aus Deutschland exportierten Güter deutlich über den Ausgaben für die aus anderen Ländern nach Deutschland eingeführten Güter, und dies Jahr für Jahr. Die Differenz zwischen Export und Import, d. h. der Handelsbilanzüberschuss, hat sich besonders ab dem Jahr 2000 erhöht. Im Jahr 2002 erreichte der Überschuss 126 Mrd. Euro und damit eine neue Rekordmarke. Neuerdings ist Deutschland weltweit die Nummer 1 im Exportieren.

Dieser Tatbestand ist, obwohl er zu den geringen Zuwächsen beim BIP der vergangenen Jahre positiv beigetragen hat, nicht unproblematisch, da dies bei den am Güteraustausch beteiligten Nationen zu einem Handelsdefizit mit Deutschland führen muss. Wenn die Handelsdefizite dieser Länder weiter wachsen, werden diese sich gegen die Exporte der Deutschen verstärkt zur Wehr setzen, zumindest auf eine stärkere Abnahme ihrer Waren drängen, so dass von einem weiteren ungebremsten Zuwachs des Handelsüberschusses – so die Hypothese – dauerhaft nicht ausgegangen werden kann.

Die historische Entwicklung des Arbeitsmarktes

Wie schon ausgeführt, lassen sich positive Impulse für den Arbeitsmarkt, d. h. ein vermehrtes Stellenangebot, nur bei einem Zuwachs des BIP von 2 % oder mehr erwarten. Gleichzeitig führt ein negativer Zuwachs zur Vernichtung von Arbeitsplätzen. Da die Chance auf größere Zuwächse gering ist und die Gefahr eines Einbruchs des BIP groß ist, ergibt sich ein düsteres Zukunftsszenario für den Arbeitsmarkt. Ein Blick in die Vergangenheit vermag allerdings Perspektiven für die Zukunft zu geben.

Vor zwei Jahrhunderten waren in Deutschland die meisten Erwerbstätigen (62 %) in der Landwirtschaft, d. h. im primären Sektor tätig. Zu Beginn des 19. Jh. wurde noch viel Arbeitskraft auf dem Lande benötigt. Mit dem Aufkommen der industriellen Produktion (sekundärer Sektor) verlagerte sich das Stellen- bzw. Berufsangebot deutlich.⁸ Bereits zu Beginn des 20. Jh. waren mehr Menschen im sekundären Sektor (40%) als im primären Sektor tätig (35%). Der tertiäre Sektor, die Dienstleistungsberufe, spielten noch zu Beginn des 20. Jh. eine eher untergeordnete Rolle. Von den Industriearbeitern Mitte des 19. Jh. wird berichtet, dass ihre durchschnittliche Arbeitszeit öfter 80 Stunden pro Woche überschritt. Auf dem Lande wurde zur selben Zeit ebenfalls lang - weithin vom Tageslicht abhängig - gearbeitet.

Wie stark durch den technischen Fortschritt besonders im 20. Jh. die menschliche Arbeitskraft entbehrlich wurde, kennzeichnet der Wert aus dem Jahr 2002: Nur 2,5 % aller Erwerbstätigen sind noch im primären Sektor tätig. Selbst der sekundäre Sektor vermag den Arbeitssuchenden nicht mehr genügend Berufspositionen zu offerieren. War in dem Jahrzehnt von 1960 bis 1970 fast jeder 2. Beschäftigte in diesem Bereich tätig, ist es heute bloß noch jeder vierte.⁹ Die Arbeitsstellenzugewinne erfolgten im tertiären Sektor. War zwar 1950 erst jeder dritte im Dienstleistungssektor beschäftigt, so sind es heute doch fast 70% aller Erwerbstätigen (2002). Da die durch die neuere Technologie herbeigeführte Rationalisierungswelle auch den Dienstleistungssektor erfasst hat, werden auch hier inzwischen in nicht geringem Umfang Menschen aus dem Arbeitsprozess freigesetzt. Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche, die im 19. Jh. so außerordentlich hoch war, hat sich im 20. Jh. mehr als halbiert. Der technische Fortschritt kam insofern auch dem Arbeitnehmer zugute, und zwar als Arbeitszeitverkürzung.

Der Versuch, die Arbeitszeit neu zu verteilen

Wenn heute im primären und sekundären Sektor wenig menschliche Arbeitskraft benötigt wird und auch nicht ausreichend neue Dienstleistungstätigkeiten erschlossen werden können, bietet sich folgende Überlegung an: Die durch Menschen weiterhin zu verrichtende Arbeit muss auf alle Personen, die Arbeit nachfragen, gleichmäßiger verteilt werden, d. h. in Zukunft werden die Arbeitsquanten je Woche kleiner zu dimensionieren sein. Als Beispielsgröße kann die Prozentzahl 80 dienen. Aus bisher 4 Jobs à 100 % Arbeitszeit werden 5 Tätigkeiten à 80 % Arbeitszeitumfang. Arbeitszeit und Verdienst umfassen dann 80 %. Nur wenn es im Rahmen des tertiären Sektors - und besonders im Öffentlichen Dienst – gelingt, eine Vorbildfunktion im Modell 80 % auszuüben, werden sekundärer und primärer Sektor, wenn auch widerstrebend, folgen. Das Arbeitsstellenangebot könnte so von Jahr zu Jahr gesteigert werden, da die Transformation von 100 auf 80% vorwiegend bei den freiwerdenden Stellen praktiziert werden sollte.

Was ist besser: Wenn sich Arbeitslose bei Bewerbungen die Finger wund schreiben (besonders ältere Arbeitnehmer) und doch künftig Arbeitslosenhilfe II in Empfang nehmen müssen oder wenn sie bei etwas geringerem Verdienst ein neues Selbstbewusstsein im Arbeitsprozess erlangen können? Ist es nicht zu teuer, mehr als 4 Mio. Menschen für Nichtstun zu bezahlen, als ihnen die Chance zu geben, ihren Arbeitswillen unter Beweis zu stellen? Die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Arbeitslosenversicherung könnten durch Einführung des Modells allmählich gesenkt werden.

Und noch weitere Vorteile würden aus dem Bemühen, allen Erwerbspersonen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu bieten, resultieren: Jedes Unternehmen bzw. jeder Dienstleister hätte ein Potential an Arbeitskraft, das bei steigenden Aufträgen leicht von 80 auf 100 % aktiviert werden könnte. Eine zusätzliche Variante könnte entstehen: Arbeitskräfte mit Arbeitsfaktor 80 und sehr guten betrieblichen Leistungen könnten sukzessive auf 100% gesetzt werden (an Stelle der früheren Lohnerhöhungen). Überstunden und Mehrarbeit sind bei diesem Entwurf kontraproduktiv, da sie einer besseren Verteilung der zu verrichtenden Arbeit hindernd im Wege stehen.

Bei diesem Modell ist zweifelsohne sowohl der gute Wille als auch der rigorose Einsatz der Arbeitgeber gefragt, denn es bedarf neuer Planung, um dieses Jobsharing im einzelnen Unternehmen/Betrieb/Firma umzusetzen. Wenn aber wirtschaftliches Handeln stets für den Menschen geschieht, hat es sich auch sinnvoller Weise an ihm als Arbeitnehmer zu orientieren.

Versuche, die Arbeitszeit pro Beschäftigten zu verringern, sind in anderer Form schon durchgeführt worden: Zu erinnern ist an den gelungenen Versuch vom Volkswagenwerk, einigen Tausend Mitarbeitern die Arbeitslosigkeit zu ersparen, indem die Beschäftigten sich mit kürzerer Arbeitszeit zufrieden gaben, oder auch an die Tatsache, dass die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in der BRD von Jahr zu Jahr steigt.¹⁰ Zu erinnern ist darüber hinaus an die Altersteilzeit.

Vorbildfunktion käme zukünftig den Arbeitgebern zu, die neben der in einer Marktwirtschaft durchaus legitimen Gewinnmaximierung zukünftig mehr Arbeitsstellen als gegenwärtig zur Verfügung stellen und natürlich auch besetzen. Den Gewerkschaften könnte hier eine gewisse Kontrollfunktion zuwachsen. Eine neue Kultur gesellschaftlicher Verantwortung gegenüber dem Arbeitnehmer könnte so initiiert werden.

Das gravierendste Problem: Der Bevölkerungsschwund

Die gestiegene Arbeitslosigkeit und ihre potentielle Beseitigung ist zweifellos ein großes, aber nicht das gravierendste Problem in Deutschland. In den letzten 35 Jahren hat sich ein Desaster angebahnt, das in seiner Bedeutung noch nicht voll erkannt worden ist, trotz jetzt immer eindringlicherer Warnrufe.¹¹ Seit etwa 1970 reproduziert sich die Bevölkerung in Deutschland - wenn der Faktor 1 einem Nullwachstum der Bevölkerung entspricht, also ein Geburtsjahrgang durch einen neuen eben so großen quasi ersetzt wird – nur mehr etwa mit dem Faktor 0,66. Die Jahrgänge der unter 35jährigen sind im Vergleich zu früher deutlich geschrumpft. Insgesamt fehlen - das Nullwachstum unterstellt – gegenwärtig mehr als 15 Mio. Menschen der jüngsten Geburtsjahrgänge (unter 35jährige).

Dies wurde kaum offenbar, da die Zuwanderung mit mehr als 7 Mio. Menschen der verschiedensten – meist mittleren - Altersklassen den Schwund kaschierte.

Der Bevölkerungsfehlbestand in den Jahrgängen der unter 35jährigen ist ein Phänomen weithin aller Industrieländer geworden. Dies lässt Rückschlüsse auf die Gründe zu und impliziert gleichzeitig ein weiteres Problem für Deutschland: der europäische Raum steht als Zuwanderungspotential kaum mehr zur Verfügung, da dieser selbst zunehmend zu wenig junge Menschen hat. Lediglich noch nicht voll industrialisierte Länder besitzen eine das Nullwachstum übersteigende Geburtenrate.¹² Allerdings ist darauf aufmerksam zu machen, dass das Bildungsniveau in solchen Ländern meist niedriger als in Industrienationen ist und solche Zuwanderer hohe Integrationskosten verursachen.

Einwanderung nach Deutschland wird nicht zuletzt vom ökonomischen Gefälle bestimmt. Nur solange in Deutschland verlässlich Arbeit und ausreichender Verdienst geboten werden, wird unser Land für Zuwanderer interessant sein. Je mehr sich das wirtschaftliche Gefälle nivelliert, weil in den potentiellen Abwanderungsländern wirtschaftlicher Aufschwung sichtbar wird oder in Deutschland ein Abschwung erkennbar ist, zeitigt dies Rückwirkungen auf die Wanderungsbereitschaft.

Schon heute hat Deutschland Mühe, den von Experten vorgeschlagenen jährlichen Wanderungsgewinn von 200 000 Personen zu erreichen. Diese Immigrationsquote ist aber unbedingt nötig, um den Bevölkerungsabbau wenigstens notdürftig aufzuhalten. "Vorausgesetzt es gibt keinen Krieg, sind die Weichen für die nächsten 50 Jahre unumkehrbar gestellt. Die deutsche Bevölkerung wird bis 2050 um ca. 12 Mio., womöglich um 17 Mio. Menschen abnehmen. Ohne Zuwanderung würde der Rückgang 23 Mio. Menschen betragen".¹³

Nach einer anderen Prognose verringert sich die deutsche Bevölkerung, wiederum ein erstrebter Wanderungsgewinn von 200 000 Menschen pro Jahr unterstellt, in folgenden Schritten: Von jetzt 82 Mio. auf 80,5 Mio. im Jahr 2020, auf 78,4 Mio. im Jahr 2030, auf 75,3 Mio. im Jahr 2040 und auf 71,6 Mio. im Jahr 2050.¹⁴ Auch nach dieser Hochrechnung ergibt sich noch ein Fehlbetrag von mehr als 10 Mio. Menschen innerhalb der nächsten 45 Jahre.

Welche Bedeutung Bevölkerungsmehrung oder -minderung haben, wurde in Deutschland kaum erkannt. Mehrung bedeutet ein erhöhtes Nachfragepotential nach Gütern. Amerika hat in den 90er Jahren ca. 7 Mio. Menschen neu in seinem Land aufgenommen. Volkswirte führen nicht zuletzt auf diese Tatsache den Wirtschaftsboom in den USA zur selben Zeit zurück. Die Folgen einer Bevölkerungsminderung lassen sich anhand von Fragen illustrieren: Wie lässt sich bei schwindender Personenzahl ein Mehr an Nachfrage von Gütern oder Dienstleistungen erreichen? Wie belegt man den vorhandenen Wohnungsbestand, um von Neubauten gar nicht erst zu sprechen, wenn Millionen von Menschen fehlen? Warum hält man Plätze in Kindergärten, Schulen und Hochschulen vor, wenn niemand sie besetzen kann? Werden sich nicht Ärzte um Patienten, Rechtsanwälte um Klienten, Geschäftsinhaber um Kunden verzweifelt bemühen müssen? Können Kinos mit ihrer jungen Besucherschaft überhaupt noch überleben? Was geschieht mit der Werthaltigkeit von Gebäuden und langlebigen Waren, wenn die Nachfrage immer kleiner wird? Allgemein gesprochen, wird eine Fülle von Produkten auf immer weniger Käufer warten und dies bei tendenziell fallenden Preisen. In einer solchen Zeitphase dürfte nicht einmal ein Optimist steigende Zuwächse beim BIP erwarten.

Wenn gegenwärtig die Forderung erhoben wird, verstärkt in dem Sektor Forschung und Bildung zu investieren, um über Innovationen den Standort Deutschland attraktiver zu machen, ist dies sicher kein unvernünftiges Anliegen, da hiervon positive Auswirkungen auf das BIP erwartet werden können. Die Investition setzt aber nicht da an, wo sie am nötigsten ist. Wenn es eines wirklichen finanziellen Kraftaktes in der BRD bedarf, dann besteht er darin, alles für eine wieder wachsende Bevölkerung zu tun. Dies ist ein vielschichtiger Prozess.

Kinder sind im Gegensatz zu Gütern nicht mit Geld zu produzieren, und doch sind für höhere Geburtenraten geänderte ökonomische Voraussetzungen unabdingbar.¹⁵ Alle nur

irgendwie zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen werden für diesen Zweck eingesammelt werden müssen. Dafür sind auch weitere Belastungen oder finanzielle Abstriche in folgenden Ressorts hinzunehmen: Bauwesen, Verteidigung, Gesundheit, Renten etc, um die Dramatik des Problems richtig zu bezeichnen.

Die große Bedeutung von Kindern wurde im Rahmen der Rentenproblematik zumindest einseitig erkannt: Der Generationenvertrag ist nicht mehr gewährleistet. Konsequenzen, für die Zukunft ein besseres Umfeld für Geburten zu schaffen, wurden daraus leider nicht gezogen. Heute sind Kinder zur existentiellen Erhaltung des Bevölkerungskörpers unabdingbar und längst nicht mehr nur das – kostspielige – Hobby einer Familie oder einer Alleinerziehenden. Die hohen Kosten, die der Lebensunterhalt eines Kindes verursacht, müssen daher zukünftig von der Gesellschaft insgesamt getragen werden. Als Richtschnur wäre z.B. ein Kostenspiegel für die Lebenshaltung eines Kindes zu erstellen. Die Kindergeldzahlungen wären bis zu diesem Betrag aufzustocken. Eile tut Not. Wenn es nicht schon in den nächsten 2, 3 Jahren gelingt, einen sich vergrößernden Reproduktionsfaktor zu erreichen, dann werden sich so viele geburtenschwache Jahrgänge im Reproduktionsalter befinden, dass selbst ein wachsender Faktor die Bevölkerungsdezimierung nicht mehr aufhält.

Allein aufgrund eines verbesserten Kostenrahmens für das Kind lassen sich keine Wunder erwarten. Meist ist eine Mutter durch die Geburt eines Kindes ab diesem Zeitpunkt finanziell schlechter gestellt. Ganztägige Berufstätigkeit und Kinderversorgung lassen sich nur schwer vereinbaren. Zwei konkurrierende Berufsfelder müssen individuell abgegrenzt und in ihrer Bedeutung bewertet werden.

Der neue Beruf: Mutter

Das Wort Beruf leitet sich vom Wort Berufung ab.¹⁶ Beruf ist der Kreis von Tätigkeiten mit zugehörigen Pflichten und Rechten, den der Mensch im Rahmen der Sozialordnung als Aufgabe ausfüllt und der ihm in der Regel zum Erwerb des Lebensunterhaltes dient.¹⁷ Berufung war im allgemeinen Sprachgebrauch die göttliche Bestimmung zu einem bestimmten Beruf.¹⁸

Zukünftig muss es aufgrund der Berufung, Mutter sein zu wollen, einen neuen, gesellschaftlich auch voll anzuerkennenden, Beruf geben: Mutter. Für diesen Beruf ist sie, wie für eine ausgeübte wirtschaftliche Tätigkeit auch, von der Gesellschaft zu bezahlen. Mit jedem von ihr geborenen und betreuten Kind wäre ein dreijähriges Berufssalär zu verbinden. 3 Kinder würden eine Berufstätigkeit von 9 Jahren bedeuten. Der Beruf „Mutter“ wäre insofern, wie viele andere Berufsfelder auch, zeitlich befristet, so dass ein Wechsel in „normale Berufsfelder“ stets möglich bleibt; damit wäre auch die Rentenversicherungszeit für solche Frauen lückenlos. Ihr gesellschaftlicher Status wäre so gesichert, und die Anerkennung dieses Berufsbildes würde im Laufe der Zeit wachsen. Die Entscheidung für oder gegen Kinder könnte von der Frau losgelöst von ökonomischen Zwängen getroffen werden.

¹ So gab es auch negative Zuwächse z. B.: 1967, 1974/75, 1981/82, 1993.

² Bis 1970 eigene Berechnungen, ab 1970 vgl. Institut der deutschen Wirtschaft: Deutschland in Zahlen 2003, Köln 2003, S.128

³ Skepsis ist besonders gegenüber den Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute angebracht, die für die Jahre 2001 bis 2003 nachweislich zu hohe Zuwachswerte prognostizierten.

⁴ siehe Grafik

⁵ siehe S. Fischer, Weltalmanach 2004, Frankfurt 2003, S. 284

⁶ siehe Fischer, Weltalmanach 2004, S. 283

⁷ siehe FAZ vom 8.Mai 2004, S. 11: Die Rechnungshöfe von Bund und Ländern fordern die Politik auf, die ausufernde Staatsverschuldung zu stoppen.

⁸ Zu Beginn des 19. Jh. waren im tertiären Sektor 17 % und 1907 erst 25 % der Erwerbstätigen beschäftigt. Vgl R. Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1996, S.29

⁹ Zwischen 1960 und 1970 wurde der höchste Wert mit 48 % aller Beschäftigten erreicht, im Jahr 2002 betrug der Anteil nur noch 27,9 %. Vgl. R. Geißler a.a.O.

¹⁰ So stieg in den alten Bundesländern die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in Prozent der abhängig Beschäftigten: 1970: 8,7% / 1980: 11,1% / 1990: 15,2% / 2001: 22,3%. Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft: Deutschland in Zahlen 2003, S.13

¹¹ vgl. Frank Schirmmacher: Das Methusalem-Komplott, 2004, S.14

¹² vgl. Fischer Weltalmanach 2004, S.19 ff.

¹³ Frank Schirmmacher: Das Methusalem-Komplott, S.41

¹⁴ Institut der deutschen Wirtschaft: Deutschland in Zahlen 2003, S.7

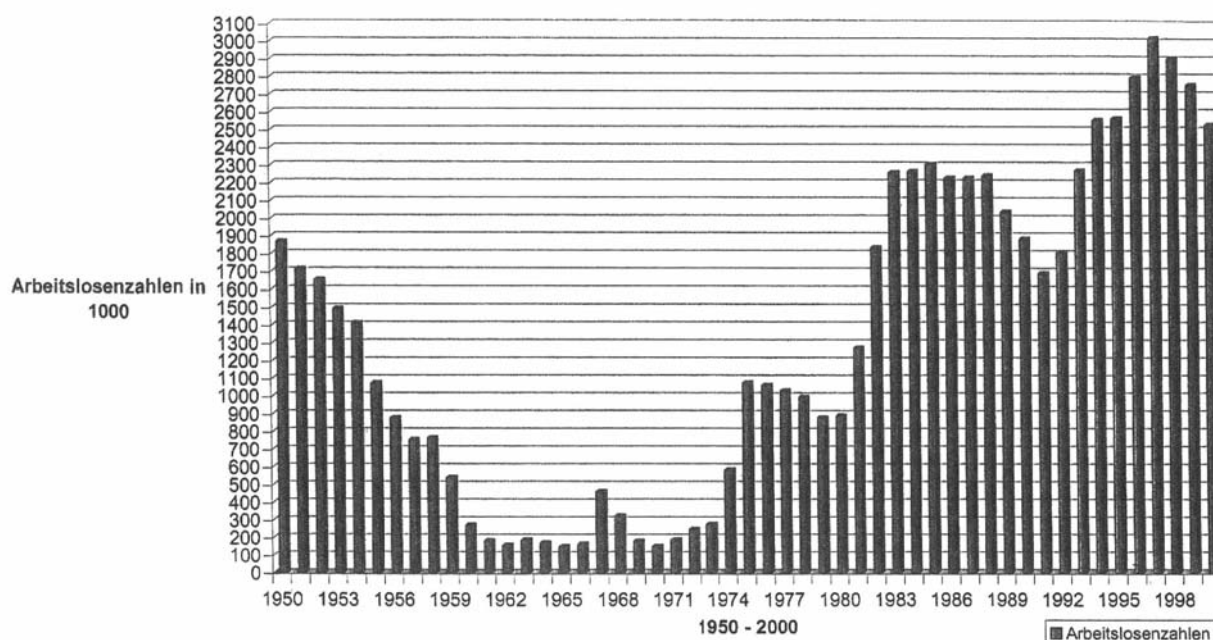
¹⁵ „Der Geburtenboom macht sich im hoch verdichteten Großraum Paris noch stärker bemerkbar als im übrigen Frankreich. Mit 796000 Neugeborenen – 1,9 Kindern pro Frau gegenüber 1,4 im europäischen Durchschnitt – hielt Frankreich im vergangenen Jahr (2002 – Anm. d. Red.) wieder den EU-Rekord in Sachen Fruchtbarkeit – gefolgt von Irland und Dänemark. Das Land hat sich nicht zuletzt mit jährlich 80 Milliarden Euro an Transfers für Familien den Ruf als Europas kinderfreundlichste Republik erarbeitet.“ M. Mönninger, „Allons, les enfants“, in: Die Zeit Nr. 36 v. 28. Aug.2003, zit. Nach Informationen zur politischen Bildung Nr.282, 2004, S. 23

¹⁶ DTV-Lexikon Band 2, Mannheim 1989, S.220

¹⁷ a.a.O, S.220

¹⁸ Meyers Großes Taschenlexikon Band 3, Mannheim 1995, S.164

Arbeitslosenzahlen 1950 - 2000 alte Bundesländer



NACHTRAG (Mai 2011)

für alle Leser dieses Artikels, die sich mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in den Jahren von 2004 bis 2010 nicht so intensiv befasst haben.

ENTWICKLUNG DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS

Die durchschnittliche Zuwachsrates pro Jahr beträgt für die Dekade weniger als 1% (0,8%/0,9%)! und zwar gleichgültig, ob man diese mit dem Jahr 2000 (bis 2009) oder 2001 (bis 2010) beginnen lässt.

Der scheidende Bundesbankpräsident Axel Weber warnte bei einem Vortrag in Zürich im Februar 2011: „... die Deutschen müßten sich darauf einstellen, auf Jahre hinaus mit Wachstumsraten von rund einem Prozent zu leben. Es gehe nicht mehr um Wohlstandsmehrung, sondern um Wohlstandserhaltung.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.02.2011, S. 15)

DIE FOLGEN DER NETTOKREDITAUFNAHME

Der Schuldenberg ist allein im Jahr 2010 um 304 Milliarden Euro gewachsen. Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden wiesen am 31. 12 2010 insgesamt eine Verschuldung von 1.998,8 Milliarden Euro aus! Rechnerisch stellen 2.000 Mrd. Euro etwas mehr als 80% des deutschen Bruttoinlandsprodukts dar!

Zu dem hohen Anstieg der Schulden haben die im Jahr 2010 gegründeten „Bad Banks“ beigetragen. Der Schuldenstand des Bundes stieg insgesamt um 230,4 Mrd. auf 1.284 Mrd. Euro. Im sogenannten Kernhaushalt, der um Sonderhaushalte bereinigt ist, erhöhte sich die Schuld deutlich weniger stark um rund 42 Mrd. auf 1.034 Mrd. Euro.

„Die hohen Staatsschulden bedeuten eine starke Belastung des Haushalts und engen die Handlungsspielräume ein. Inzwischen fließen rund 15 Prozent des Bundesetats in Zinszahlungen.“ (FAZ vom 22.02.2011, S. 10)

Die große Gefahr, die von einer hohen Verschuldung eines Landes ausgeht, wird im Falle Griechenlands besonders deutlich. Die Überschuldung vergrößert die Zinslast enorm. Dadurch wird ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Griechenland – trotz ergriffener Sparmaßnahmen, die selbst einem Zuwachs des BIP eher abträglich sind – weiter deutlich eingeschränkt.

ZUR PROBLEMATIK UNSERER HANDELSBILANZ

Im Zuge der Banken- und Finanzkrise wurde besonders von der französischen Finanzministerin Christine Lagarde auf die Handelsbilanzüberschüsse der Deutschen verwiesen und um Abbau gebeten. Auch auf der internationalen Konferenz in Pittsburgh wurde über eine mögliche Begrenzung von Handelsbilanzüberschüssen diskutiert.

DER VERSUCH, DIE ARBEITSZEIT NEU ZU VERTEILEN

„Unter Fachleuten gilt als weithin gesichert, dass mindestens ein Wachstum des BIP von 2% gegenüber dem Vorjahr notwendig ist, um die vorhandene Arbeitslosigkeit – wenn auch nur geringfügig – abzubauen“ (siehe oben, S. 2). Da die Wachstumsrate im Jahr 2010 +3,6% betragen hat, ist auch ein positiver Impuls für den Arbeitsmarkt erfolgt. Für das Jahr 2011 wird ein Wert von mehr als 2% prognostiziert, insofern ist zunächst für den Arbeitsmarkt keine negative Tendenz zu erwarten. Sinkt der Wert unter 2% in den Folgejahren, wird die Zahl der Arbeitslosen steigen, wenn keine neuen Maßnahmen ergriffen werden. Die Einführung der Kurzarbeit war zweifellos ein gelungener Versuch, bei negativem Zuwachs des BIP (im Jahr 2009 -4.6%) eine Vielzahl von Arbeitsplätzen zu retten. Allerdings sollte bedacht werden, dass dies eine Subventionierung von Arbeitsplätzen auf Kosten der Allgemeinheit (also des Steuerzahlers) war!

DAS GRAVIERENDSTE PROBLEM: DER BEVÖLKERUNGSSCHWUND

Die bisher von der Bundesregierung in der Zeitspanne von 2004 bis 2010 eingeleiteten Maßnahmen zur Stützung der Familie und der Möglichkeit, sich zur Geburt eines Kindes positiv zu stellen, haben nahezu keinen Erfolg gezeitigt. Die Fruchtbarkeitsziffer liegt weiterhin bei 1,4 Kindern pro Frau, was einem Reproduktionsfaktor von etwa 0,66 entspricht. Das Schrumpfen der deutschen Bevölkerung geht somit ungebremst weiter!!!

Der erstrebte Zuwanderungsgewinn von 200.000 Personen pro Jahr wurde in der Zeit von 2004 bis 2010 ebenfalls nicht erreicht! Im letzten Jahr wurde der höchste Wanderungsüberschuss seit 2004 mit knapp 130.000 Immigranten erzielt. Diese Zunahme wurde auf die (gegenwärtig) „hohe Anziehungskraft des hiesigen Arbeitsmarktes zurückgeführt“. „Dennoch entspreche die Lage gerade mal den Minimal Szenarien, um die Folgen des demographischen Wandels abzufangen“. (siehe FAZ vom 10.05.2011, S. 10)